

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit des Rhein-Sieg-Kreises am 07.11.2023:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1	Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit vom 04.09.2023	Niederschrift lag noch nicht vor	
2	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 31.03.2023: Fachinformation und Erfahrungsaustausch zum Thema Pflegeschule; hier: Vortrag der AGewiS	Kenntnisnahme	
3	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD und FDP vom 29.09.2023: Stationäre Versorgung im RSK; Aktueller Sachstand zur Umsetzung des Krankenhausplans NRW	Kenntnisnahme	
4	Bericht aus der Arbeit des Inklusions-Fachbeirats	Kenntnisnahme	
5	Struktur und Angebote der Sozialpsychiatrischen Zentren im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	
6	Weiterentwicklung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Bergischen Rheinland; hier: Präsentation der Analyseergebnisse	Kenntnisnahme	
7	Geburtshilfe und Hebammenversorgung im Rhein-Sieg-Kreis; hier: aktueller Sachstand	Kenntnisnahme	

8.	Mitteilungen und Anfragen		
	<b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
9	Mitteilungen und Anfragen		

## Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit des Rhein-Sieg-Kreises am 07.11.2023:

---

Sitzungsbeginn: 16:05 Uhr  
 Sitzungsende: 17:48 Uhr  
 Ort der Sitzung: Raum Rhein  
 Datum der Einladung: 26.10.2023

### Teilnehmende Mitglieder:

#### Kreistagsfraktion CDU

KTM Matthias Schmitz (Vorsitzender)

KTM Andreas Sonntag

KTM Monika Grünewald

KTM Gabriele Kretschmer

SkB Jenny Hoffmann

Vertretung für KTM Orefice

SkB Jutta Manstein

SkB Ralf Kronenberg

Vertretung für SkB Stollenwerk

#### Kreistagsfraktion GRÜNE

KTM Wolfgang Haacke

KTM Gerlinde Neuhoff

KTM Manuela Gardeweg

SkB Brigitte Kemnitz

Vertretung für SkB Möws

#### Kreistagsfraktion SPD

KTM Katja Ruiters

KTM Gabi Jaax

KTM Tatjana Ortmann

#### Kreistagsfraktion FDP

SkB Martina Ihrig

#### Kreistagsfraktion AfD

SkB Ralf von den Bergen

#### Vernunft und Gerechtigkeit, Gruppe im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises

SkB Stefanie Kemper

Vertretung für SkB Danne

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

### Gruppe Volksabstimmung

KTM Dr. Helmut Fleck

### Sachkundige Einwohner/in Inklusionsfachbeirat

Herr Günter Wingender

Frau Liane Thiemann

### Sachkundiger Einwohner (Diakonie)

Herr Patrick Ehmann

### Schriftführerin

Frau Sandra Scheidgen

### **Entschuldigt fehlten:**

KTM Stephanie Orefice

SkB Katharina Stollenwerk

SkB Thomas Möws

SkB Andreas Danne

### Vertreter/innen der Verwaltung:

Frau Thiel

Herr Dr. Meilicke

Herr Grünhage

Herr Dr. Sarikaya

bis 17.43 Uhr

Herr Thomas

Frau Bach

Herr Fröhling

Herr Stuch (stellv. Schriftführer)

### Gäste

Herr Faller (zu TOP 6)

Herr Luneau (zu TOP 6)

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	
--	----------------------------------	--

Vorsitzender Kreistagsmitglied (KTM) Schmitz begrüßte die Anwesenden zur 17. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit und hieß Frau Thiel als neue Kreisdezernentin des Dezernates II im AIG herzlich willkommen. Er erklärte, dass mit der Einladung vom 26.10.2023 gearbeitet werde und es eine Tischvorlage zur Sitzung gebe. Die Einladung sei ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt. Es bestehe Beschlussfähigkeit.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Frau Liane Thiemann, neue stellvertretende Vorsitzende des Inklusions-Fachbeirats, als Sachkundige Einwohnerin verpflichtet.

KTM Dr. Fleck bat um Information, warum die Themen „Corona“ und „Impfung“ nicht wie in der letzten Sitzung besprochen als TOP aufgeführt worden seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Themen – sofern es etwas zu berichten gebe - als Mitteilungen und Anfragen unter TOP 8 behandelt würden.

Die Tagesordnung wurde wie vorliegend anerkannt.

1	Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 04.09.2023	
---	---	--

Die Niederschrift lag noch nicht vor.

2	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 31.03.2023: Fachinformation und Erfahrungsaustausch zum Thema Pflegeschule; hier Vortrag der AGewiS	
---	--	--

Frau Thiel berichtete, dass die Vertreterin der AGewiS kurzfristig ihren Vortrag absagen müssen. Sie werde jedoch zur nächsten Sitzung des AIG erneut eingeladen.

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
3	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD und FDP vom 29.09.2023: Stationäre Versorgung im RSK; Aktueller Sachstand zur Umsetzung des Krankenhausplans NRW	

Frau Thiel führte an, dass die Vertreterin der Bezirksregierung terminlich verhindert sei und daher nicht im AIG vortragen könne. Auch schriftlich habe die Bezirksregierung keine Informationen zur Verfügung stellen können, da sie sich bisher inhaltlich noch nicht mit dem Versorgungsgebiet 6 beschäftigt habe. Wie der Vorlage zu entnehmen sei, habe die Bezirksregierung jedoch zugesichert, die Stellungnahmen der KGK und des AIG zu berücksichtigen. Die Verwaltung werde die Entwicklungen weiterverfolgen und entsprechend berichten.

KTM Sonntag erinnerte daran, dass die Umsetzung des neuen Krankenhausplans NRW neben der Bundesinitiative zur Veränderung der Krankenhauslandschaft existentiell für die zukünftige Krankenhausversorgung sei. Politik und Verwaltung müssten daher in der Vorbereitungsphase weiterhin am Ball bleiben, da nach Abschluss der Planungen keine Veränderungen mehr möglich seien. Bisher sehe er den Rhein-Sieg-Kreis durch die Stellungnahmen von KGK und AIG sowie der verabschiedeten Resolution gut aufgestellt. Hierin habe man auf alle Schwierigkeiten und Schwachstellen hingewiesen. Er habe jedoch den Eindruck, dass sich die Bezirksregierung bei der Bearbeitung im Verzug befinde.

Auf die abschließende Frage von KTM Sonntag, ob es Erkenntnisse zur weiteren zeitlichen Planung der Bezirksregierung gebe, erklärte Herr Dr. Meilicke, dass das MAGS der Bezirksregierung für den Bericht des somatischen Bereiches eine Frist bis zum 15.12.2023 und für die Gesamtbewertung bis zum 31.12.2023 gesetzt habe. Die Bezirksregierung habe aufgrund Personalmangels jedoch mitgeteilt, dass diese Frist nicht gehalten werden könne. Neues Ziel sei der 31.01.2024 für den Gesamtbericht. Darüber hinaus sei ihm lediglich bekannt, dass am 06.12.2024 die Bescheide des MAGS durch die Bezirksregierung an die Krankenhäuser versendet werden sollen.

Vorsitzender KTM Schmitz bedankte sich für die Ausführungen. Der TOP werde auch in der nächsten Sitzung auf die TO genommen.

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
4	Bericht aus der Arbeit des Inklusions-Fachbeirates	

Herr Wingender berichtete über das Bestreben des Inklusions-Fachbeirates, die Behindertenbeauftragten der 19 Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises einzuladen, um sich mit diesen zu vernetzen. Dies sei aktuell wichtigstes Thema im Fachbeirat. Er erinnerte zudem noch einmal an den in einer früheren Sitzung durch den Fachbeirat vorgestellten Flyer zur Barrierefreiheit von Veranstaltungen und bat um deren Verteilung, sofern Veranstaltungen im Umfeld bekannt würden.

Herr Grünhage wies auf einen redaktionellen Fehler in der Anlage zur Vorlage hin. Im Protokoll in allgemeiner Sprache seien die Sitzungstermine versehentlich auf das Jahr 2023 ausgeschrieben worden, welche jedoch für 2024 geplant seien.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Arbeit des Inklusions-Fachbeirates.

5	Struktur und Angebote der Sozialpsychiatrischen Zentren im Rhein-Sieg-Kreis	
---	---	--

Frau Bach stellte die Arbeit der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) vor. Hierbei handle es sich um einen Baustein der psychiatrischen Versorgung im Rhein-Sieg-Kreis, der schwerpunktmäßig vom Rhein-Sieg-Kreis koordiniert und finanziert werde.

*(Anmerkung der Verwaltung: die PowerPoint-Präsentation ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.)*

KTM Sonntag bedankte sich für den Vortrag. Die sukzessive Information der Politiker über die Pflichtaufgaben des Gesundheitsamtes sei zweckmäßig, besonders in Bezug auf die wiederkehrenden Haushaltsberatungen. Inhaltlich bat er um Differenzierung der Schnittmenge zwischen Finanzierung von Leistungen durch den Landschaftsverband (LVR) und dem Rhein-Sieg-Kreis.

Frau Bach erklärte, dass es sich bei den genannten 16,5 VZÄ um externe Stellen in den SPZ handle, die durch die Träger im Rahmen der Leistungsvereinbarungen – finanziert durch den Rhein-Sieg-Kreis - beschäftigt würden. Die genannten Psychiater seien Beschäftigte des Gesundheitsamtes und würden hier auch noch andere Aufgaben abdecken. Sie stellte ferner

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

richtig, dass es sich bei der Finanzierung durch den LVR nicht um eine finanzielle Pflichtaufgabe handle, sondern um ein freiwilliges Förderprogramm aus den 80er Jahren, bei dem es sich um einen Zuschuss von ca. 80.000 € jährlich pro SPZ handle, schwerpunktmäßig für die Koordinierungs- und Leitungsstelle. Der Kreis nutze diese im Rahmen des Synergieeffektes als Leitungskräfte mit. Beim Gesundheitsamt würden ihre eigene Stelle, eine weitere halbe Stelle - finanziert über ein aktuelles Landesförderprogramm - sowie anteilig die beiden Psychiater an Kapazitäten für die Thematik der psychiatrischen Versorgung vorgehalten. Die ärztliche Unterstützung des Sozialpsychiatrischen Dienstes sei durch das PsychKG NRW als Pflichtaufgabe vorgegeben.

Herr Dr. Meilicke stellte im Folgenden die Situation der psychiatrischen / ärztlichen Betreuung im Rhein-Sieg-Kreis, bezogen auf die SPZ, dar. Bei der Erstellung ärztlicher Zeugnisse im Rahmen einer Unterbringung nach PsychKG, werde dies z. B. zum einen durch den Notdienst der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) aufgefangen. In Einzelfällen auch durch einen Notarzt. In Eitorf bestehe ferner die Besonderheit, dass dort immer ein Arzt vor Ort sei. Da die Hauptstelle zur Weiterbehandlung auffälliger Patienten jedoch in Bonn liege, werde der Patient nach Bonn verbracht und dort durch einen Facharzt nach PsychKG eingewiesen. Aufgrund der kollegialen Situation mit den Rettungsdiensten im Rhein-Sieg-Kreis müsse derzeit die Vorhaltung von sechs Psychiatern nicht ausgeschöpft werden.

Frau Bach ergänzte, dass der Sozialpsychiatrische Dienst neben den Ärzten vorrangig aus sozialpädagogischer Arbeit bestehe.

KTM Haacke fragte in Bezug auf Bürgergeldbezieher mit psychischen Störungen nach den Kontakten der SPZ zu den Jobcentern vor Ort.

Frau Bach erklärte, dass jedes SPZ versuche, Kontakte zu seiner Jobcenter-Geschäftsstelle vor Ort zu knüpfen. Dies funktioniere recht gut, über einzelne konkrete Projekte sei sie aber nicht in vollem Umfang informiert. Mit dem Rhein-Sieg-Kreis gebe es zum Thema „Markt und Integration“ zudem einen übergeordneten regelmäßigen Austausch mit dem Jobcenter.

KTM Ruiters bedankte sich für den Vortrag. Sie selber sei seit vielen Jahren im Bereich SPZ tätig. 16 VZÄ in vier SPZ bei einem Flächenkreis mit über 600.000 Einwohnern und 19 Kommunen sei harte Arbeit. Im SPZ würden keine „Lotsen“ arbeiten, sondern hochkompetente Mitarbeiter, die per-

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

manent Krisen managen würden. Müsste der Rhein-Sieg-Kreis diese Aufgabe selber stemmen, würde über eine deutlich höhere Zahl an Personalstellen und -kosten gesprochen. Es handle sich um eines der niederschwelligsten Angebote, das Menschen auffange.

Auf die Frage von KTM Neuhoff, ob es eine Übersicht dazu gebe, wie die Zahl der 1.300 bis 1.500 genannten Personen in der Einzelfallberatung sich flächenmäßig im Rhein-Sieg-Kreis konzentriere, führte Frau Bach aus, dass es Zahlen über die Wohnorte der Klienten gebe. Traditionell sei die Relation von Einwohnern zu Klienten im städtischen Gebiet höher. Es gebe aber keine Region ohne Klienten. Die ländlichen Gebiete würden allerdings eher durch aufsuchende Tätigkeiten aufgefangen. Diesbezüglich sei im letzten Jahr geplant gewesen, die Förderung der Kontaktstellen auszudehnen, um den Klienten den Zugang dezentral noch besser zu ermöglichen und Kontakte zu bündeln. Wenn eine Kontaktstelle vor Ort eröffnet werde, werde diese auch mehr genutzt. Dies sei im AIG jedoch abgelehnt worden.

Der Vorsitzende bedankte sich im Namen des Ausschusses für den Vortrag und die geleistete Arbeit.

6	Weiterentwicklung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Bergischen Rheinland; hier: Präsentation der Analyseergebnisse	
---	--	--

Vorsitzender KTM Schmitz begrüßte die Herren Faller und Luneau von der Firma Quaestio Forschung und Beratung GmbH.

Frau Thiel verwies auf die Zusammenfassung des Gutachtens als Anhang der Vorlage. Im Nachgang zum Vortrag werde den Ausschussmitgliedern das Gesamtgutachten in digitaler Form zur Verfügung gestellt.

Herr Faller und Herr Luneau stellten im Folgenden das Gutachten vor. Ziel des Gutachtens sei das Aufzeigen von Möglichkeiten für die teilnehmenden Kommunen, die ambulante Gesundheitsversorgung im ländlichen Bereich trotz fehlender Zuständigkeit durch Dialog- und Kooperationsstrategien zwischen Ärzten, KV und Kostenträgern zu unterstützen.

*(Anmerkung der Verwaltung: die PowerPoint-Präsentation ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.)*

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Ausführungen. Er freue sich auf die Durchsicht des angekündigten Gesamtkonzeptes.

KTM Ruiters erklärte, sich nach dem Vortrag etwas verlassen zu fühlen. Als Kreispolitikerin sehe sie keine Möglichkeiten, die eine Änderung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Gebiet ermöglichen. Viele der Kommunen befänden sich im Haushaltssicherungskonzept. Es gebe keine finanziellen Ressourcen für fördernde Dialoge zwischen den Gesundheitsakteuren. Zudem benötige man gutes Wissen über die Bereiche und eine gute Vernetzung zwischen allen Beteiligten vor Ort. Wer könne dies leisten? Gebe es diesbezüglich Möglichkeiten beim Kreis? Die vorgeschlagenen Ansätze durch Quaestio seien sehr interessant, sie sehe aktuell aber keinerlei Handlungsebene für sich als Politikerin.

Vorsitzender KTM Schmitz schloss sich den Ausführungen und Fragen von KTM Ruiters im Namen des Ausschusses an. Nun müsse zunächst das Gesamtkonzept von allen durchgearbeitet werden. Ggf. ergäben sich dann noch weitere Fragen, die eventuell durch die Verwaltung beantwortet werden könnten.

KTM Dr. Fleck bewertete die Ausführungen als alarmierend. Er selbst habe seit zwei Jahren keinen Hausarzt mehr, da die Praxis geschlossen worden sei und er keinen neuen Arzt finden könne. Die Bürgerinnen und Bürger würden zudem lange Wartezeiten auf Arzttermine bestätigen. Seit wann bestehe dieses Phänomen? Gebe es Zusammenhänge zur Corona Pandemie?

Herr Faller führte aus, dass es sich um einen kontinuierlichen Prozess handle. Statistisch gebe es immer noch eine Vollversorgung mit nur leichten Abweichungen. Die Überlastung der Ärzte aus Bürokratie, administrativen Tätigkeiten, verändertem Klientel etc. habe aber in den letzten 10 – 20 Jahren stetig zugenommen. Nun komme noch die Ruhestandswelle der geburtenstarken Jahrgänge hinzu.

KTM Sonntag erklärte, den Versorgungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) im Vortrag zu vermissen. Die Politik müsse vor allem anderen diesen Versorgungsauftrag bei der KV einfordern. Beim Vortrag der KV im 9. AIG am 05.05.2022 durch Herrn Dr. Martin sei bereits erkennbar gewesen, dass es eine leichte Unterdeckung bei der Vollversorgung im Rhein-Sieg-Kreis gebe. Damals habe die KV die Verhältniszahl der Hausärzte als Steuerungsmittel um 10 % gesenkt, um die Praxen im ländlichen Bereich

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

attraktiver zu gestalten. Heute liege die Unterdeckung bei mehr als 10 %. Diese Entwicklung werde sich in den nächsten Jahren weiter dynamisieren. Die KV sei ferner zuständig für den Praxisablauf, den Bürokratieaufwand in den Praxen sowie Hilfe bei der Digitalisierung. Hier müsse die KV ebenfalls mehr gefordert werden. Z. B. durch Klärung, wo Bürokratie abgebaut oder vereinfacht werden könne. Auch bei der Umsetzung der Digitalisierung, die aufgrund des anfangs höheren Aufwandes von den Arztpraxen größtenteils abgelehnt werde. Es gebe zudem Fortbildungen und Dienstleister, die die Umsetzung der Digitalisierung gegen Entlohnung anbieten würden.

SkB Ihrig bedankte sich für den Vortrag. Diesen könne sie als Praxismanagerin nur bestätigen. Sie sehe die KV ebenfalls als Vermittlerin von Gesprächsforen zwischen jungen Ärzten und rentenfähigen Ärzten in der Verantwortung.

SkE Ehmman bestätigte das erschreckende Bild, das im Vortrag gezeichnet worden sei. Die angesprochenen Lösungsansätze sehe er außerhalb der bestehenden Denkstrukturen. Nach Vorstellung des Gutachtens in den beiden anderen Kreisen interessiere ihn die jeweilige Reaktion und wie dort Projekte an die konkreten Strukturen angebunden würden.

KTM Ortmann erklärte, ebenfalls aus dem Gesundheitswesen zu kommen und die Inhalte ihrer Vorredner bestätigen zu können. Sie interessiere, was konkret der AIG tun könne und ob entsprechend Geld und Ressourcen dafür vorhanden seien.

Herr Dr. Sarikaya führte zunächst noch einmal aus, dass die sieben östlichen Kommunen in Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis für das Gutachten ausgewählt worden seien, da im Rahmen der Regionale 2025 der ländliche Rhein-Sieg-Kreis im Fokus stehe. Die Ergebnisse müssten jedoch auf den gesamten Rhein-Sieg-Kreis erweitert werden, da es im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis ähnliche Probleme gebe.

Mit den beiden Nachbarkreisen werde im nächsten Schritt diskutiert, wie man sich ggf. gemeinsam aufstellen könne, um das Problem anzugehen. So könne es sein, dass dem Vorschlag gefolgt werde, gemeinsam einen Case Manager einzustellen, der dann den Kontakt zu den KVs und den Ärzten suche. Diese Stelle könne ggf. durch Landes- oder Bundesmittel gefördert werden. Zunächst solle jedoch die politische Diskussion in den drei Kreisen abgewartet werden. Eventuelle Entscheidungen und Anträge der Politik würden gerne in den nächsten Sitzungen mitberücksichtigt, sodass

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

ein entsprechendes Paket für eine mögliche Beantragung von Mitteln geschnürt werden könne.

KTM Vorsitzender Schmitz bedanke sich für die Präsentation. Er werte den Vortrag als Impuls an die Politik, sich mit der Analyse entsprechend auseinanderzusetzen und mit der Verwaltung im Austausch zu bleiben. Sofern es neue Informationen – auch aus den anderen Kreisen – gebe, bitte er die Verwaltung um entsprechende Rückmeldung im Fachausschuss.

Herr Faller fasste abschließend zusammen, dass die Kommune bisher keine Zuständigkeit habe. Man müsse jedoch gemeinsam zur Kenntnis nehmen, dass weder die KV, noch die Bundes- oder Landespolitik bisher etwas geregelt hätten. Das Gutachten sei daher der Aufruf, den Prozess anzuschieben und zu begleiten. Es handle sich zwar um ein kommunales Politikfeld in der Entwicklung und ohne Vorlagen, man könne sich aber an zahlreichen innovativen Modellen in Deutschland orientieren. Wo kreative Konstrukte umgesetzt würden, würden nachweislich junge Ärzte folgen.

7	Geburtshilfe und Hebammenversorgung im Rhein-Sieg-Kreis; hier: aktueller Sachstand	
---	--	--

Herr Fröhling verwies auf die Tischvorlage. Im letzten Arbeitskreis des runden Tisches für Geburtshilfe der Stadt Bonn am 25.10.23 sei von der Stadt Bonn noch einmal bestätigt worden, dass sie einen Mitversorgungsauftrag gegenüber dem Rhein-Sieg-Kreis sehe.

Es gebe zudem nun Informationen zur Hebammenambulanz. Der Verein „Hebammenambulanz Bonn e. V.“ habe den Zuschlag des kommunal geförderten Projekts erhalten. Hier investiere die Stadt Bonn 30.000 € für das Jahr 2023 und 60.000 € für das Jahr 2024. Die Hebammenambulanz sei am 07.11.2023 im St. Johannes Hospital in der Kölnstr. 54, 53111 Bonn eröffnet worden. Es werde zunächst eine regelmäßige Sprechstunde angeboten, aufsuchende und dezentrale Arbeit sei langfristig ebenfalls angedacht.

SkB Ihrig bat um Mitteilung, ob es Informationen zum Geburtshaus Siebengebirge gebe. Da der Verwaltung hierzu keine Informationen vorlagen, berichtete SkB Ihrig, dass in Königswinter ein Projekt in Planung sei. Hier gebe es erhebliche baurechtliche Probleme bezüglich einer Rampe. Daher könne der Bauantrag noch nicht gestellt werden.

die gefassten Beschlüsse in der 17. Sitzung des am 07.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Vorsitzende bat die Verwaltung, das Problem zu eruieren und ggf. in der nächsten Sitzung hierzu zu berichten.

Herr Thomas berichtete, dass Herr Fröhling zum Ende des Jahres in den Ruhestand gehe und bedankte sich für seine geleistete Arbeit. Frau Mische werde die Nachfolge von Herrn Fröhling antreten und ab der nächsten Sitzung den Bericht zur Geburtshilfe und Hebammenversorgung von Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis übernehmen.

KTM Vorsitzender Schmitz bedankte sich ebenfalls im Namen des Ausschusses bei Herrn Fröhling für seine Arbeit und wünschte ihm für den Ruhestand alles Gute.

8	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

**Ende des öffentlichen Teils**

### Nichtöffentlicher Teil

9	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.  
Der Vorsitzende KTM Schmitz beendete die Sitzung um 17.48 Uhr.

**Matthias Schmitz**  
Vorsitzender

**Sandra Scheidgen**  
Schriftführerin

Anlage 1

# STRUKTUR UND ANGEBOTE DER SOZIALPSYCHIATRISCHEN ZENTREN IM RHEIN-SIEG-KREIS



# AGENDA

1. Gesetzlicher Auftrag
2. Angebote der Sozialpsychischen Zentren
3. Weitere psychiatrische Versorgungsstrukturen
4. Koordination und Planung

# GESETZLICHER AUFTRAG DES GESUNDHEITSAMTES

## nach ÖGDG:

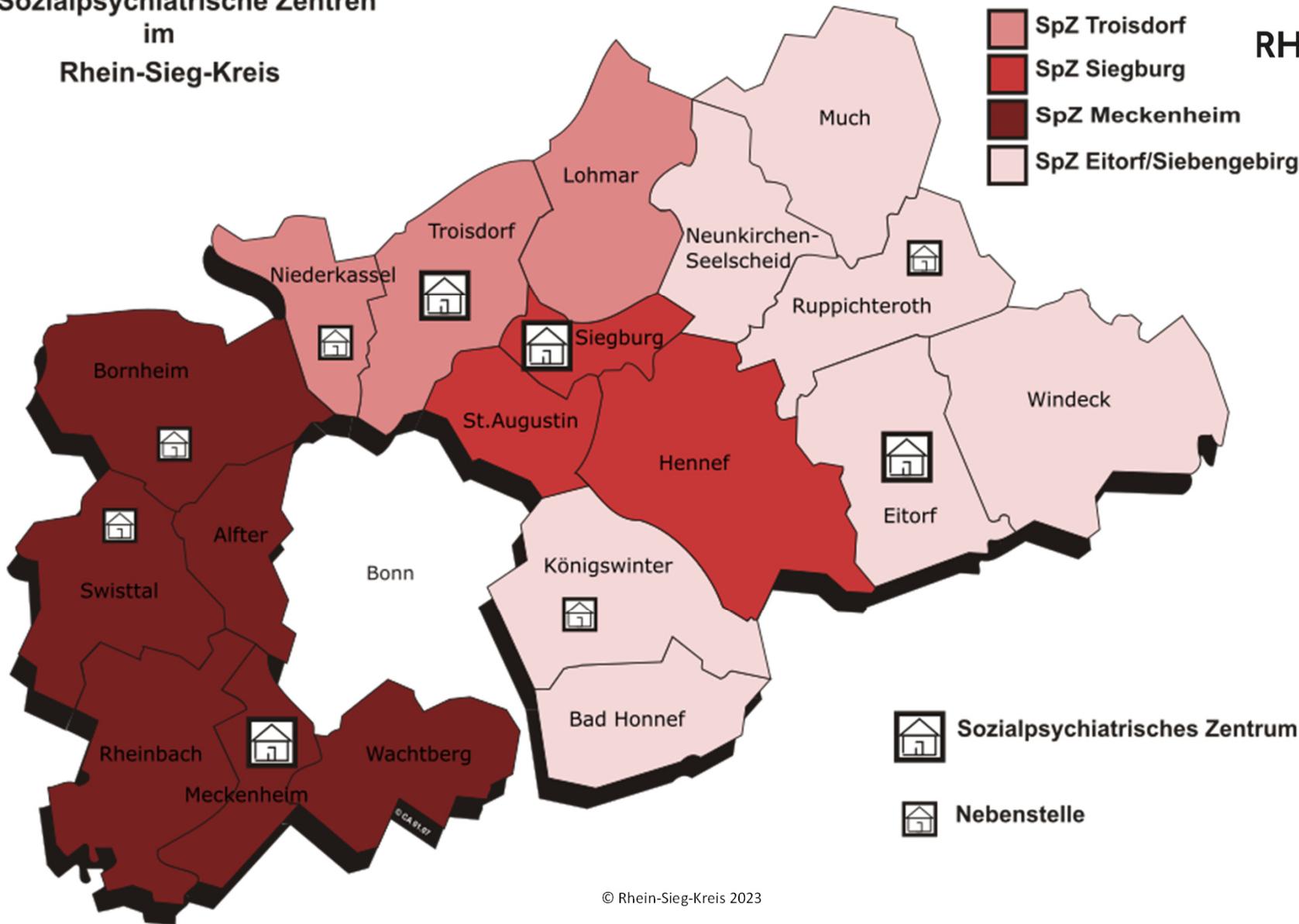
- Beratung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörige (§16)
- Vorhalten eines sozialpsychiatrischen Dienstes (§16)
- Koordination der psychiatrischen und Suchtkrankenversorgung als eigenständige Aufgabe (§23) – im Gesundheitsamt verortet

## nach PsychKG NRW:

- Vorhalten eines sozialpsychiatrischen Dienstes zur Sicherstellung vorsorgender und nachsorgender Hilfen (§5)
- Delegation auf Sozialpsychiatrische Zentren

# Sozialpsychiatrische Zentren im Rhein-Sieg-Kreis

- SpZ Troisdorf
- SpZ Siegburg
- SpZ Meckenheim
- SpZ Eitorf/Siebengebirge



-  Sozialpsychiatrisches Zentrum
-  Nebenstelle

# ANGEBOTE DER SOZIALPSYCHIATRISCHEN ZENTREN

## Aufträge des Rhein-Sieg-Kreises:

- Ambulant Aufsuchender Dienst /Sozialpsychiatrischer Dienst (kalk. 2,5 VZÄ)
  - Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern (kalk. 0,5 VZÄ)
  - Gerontopsychiatrische Versorgung (kalk. 0,5 VZÄ)
  - Kontakt- und Beratungsstelle (kalk. 0,5 bzw. 0,75 VZÄ)
- Erreichte Personen in der Einzelfallberatung : ca. 1.300 – 1.500 / Jahr
- Finanzierung im Rahmen eines Regionalen Einrichtungsbudgets  
(insgesamt 16,5 VZÄ, rd. 1,6 Mio €)

# ANGEBOTE DER SOZIALPSYCHIATRISCHEN ZENTREN

## Weitere Angebote:

- Eingliederungshilfeleistungen  
(Tagesstätte, Ambulant betreutes Wohnen)
  - Kostenträger Landschaftsverband Rheinland
- Jugendhilfeleistungen  
(Sozialpädagogische Familienhilfe, Einzelfallhilfen)
  - Kostenträger Jugendhilfe
- verschiedene weitere, individuelle Leistungen  
(Zuverdienst, Alltagsbegleitung, zusätzliche Seniorengruppen, etc.)

# WEITERE PSYCHIATRISCHE VERSORGUNGSSTRUKTUREN

Die Versorgungsstrukturen der SPZ werden ergänzt durch vielfältige anderweitige Versorgungsbausteine und Angebote verschiedener Leistungsanbieter

- Behandlungsleistungen (klinische Behandlung, Behandlung durch niedergelassene Fachärzte, etc.)
- Leistungen der Eingliederungshilfe (BeWo, stationäres Wohnen, Tagesstruktur, etc.)
- Leistungen der Rehabilitation (stationäre Therapie, medizinische Rehabilitation, etc.)
- Leistungen zur Arbeit und Beschäftigung (Werkstätten, Arbeitstraining, etc.)
- Selbsthilfe, etc.

# KOORDINATIONSAUFTRAG GESUNDHEITSAMT

## Umsetzung im Kreisgesundheitsamt

- Psychiatrie- und Suchtkoordination / Strukturebene (Christine Bach)
- Sozialpsychiatrische Fachberatung / Einzelfallebene im AAD/SpDi (Simone Beitz/Joachim Fischer)
- Koordination Gemeindepsychiatrischer Verbund (Linda Mische)

# KOORDINATIONSAUFTRAG GESUNDHEITSAMT

## Auftrag /Aufgaben der Psychiatriekoordination

- Koordination und Planung der psychiatrischen und der Suchtkrankenversorgung:
  - Weiterentwicklung und Optimierung der Versorgungsstrukturen
  - Psychiatrie- und Suchthilfeplanung
  - Erstellung von Versorgungskonzepten
  - Erstellung von Stellungnahmen
  - Förderung von / Teilnahme an Gremienarbeit / Vernetzung
  - etc.
- Fachcontrolling /Qualitätsentwicklung für den Bereich der extern sichergestellten Aufgaben

# VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT

**Psychiatrie- und Suchtkoordination**  
Christine Bach



---

Anlage 2

# Analyse und Konzept zur Weiterentwicklung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Bergischen RheinLand

Kernergebnisse und Handlungsempfehlungen

Bernhard Faller, Pablo Luneau

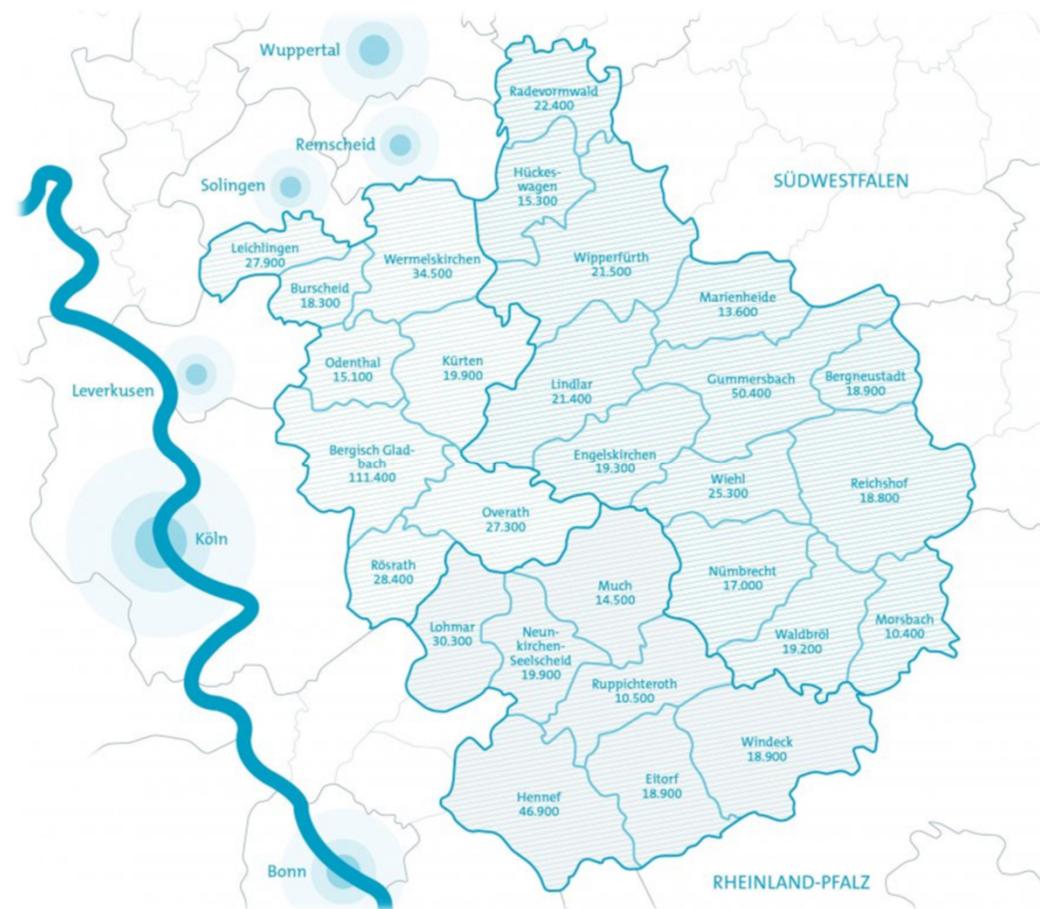
Rhein-Sieg-Kreis

Ausschuss für Inklusion und Gesundheit

07.11.2023

# Hintergrund und Aufgabenstellung

- Zunehmend intensive Diskussion zur Sicherung der ambulanten Gesundheitsversorgung auch auf kommunalpolitischer Ebene
- Aufgabenstellung:
  - Status quo der quantitativen Versorgung im Bergischen RheinLand erfassen – auch teilräumlich (Quantitative Versorgungengpässe mindern zugleich die Versorgungsqualität)
  - Trends und Herausforderungen der Gesundheitsversorgung und insbesondere drohende Versorgungsdefizite – auch teilräumlich – darstellen
- Empfehlungen zur quantitativen Versorgungssicherung erarbeiten – Fokus auf mögliche regionale Handlungsansätze



## Empirische Basis

---

- Grundlegenden Daten zur Bevölkerung und Gesundheitsversorgung der statistischen Ämter und der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO)
- Hintergrund- und Internetrecherchen zu den Gesundheitsdienstleistern in der Region und zu guten Beispielen der Gesundheitsversorgung bundesweit
- Expertengespräche mit den Geschäftsführern/Vertretern der in der Region vorhandenen Kliniken (6 Gespräche mit insgesamt 10 Akteuren)
- Expertengespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern oder benannten Verwaltungsexperten zur Versorgungssituation vor Ort und bisherigem politischen Engagement zur Sicherung der Gesundheitsversorgung (insgesamt 22 Gespräche)
- Schriftliche Befragung aller vertragsärztlich tätigen Hausärzte und Ärzte der allgemeinen fachärztlichen Versorgung<sup>1</sup> (Versand von 804 Fragebögen, resultierender Rücklauf von 269 Fragebögen bzw. 33,5 %)
- Vertiefende Kurzgespräche (15-30 Minuten) mit 30 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten der Untersuchungsregion

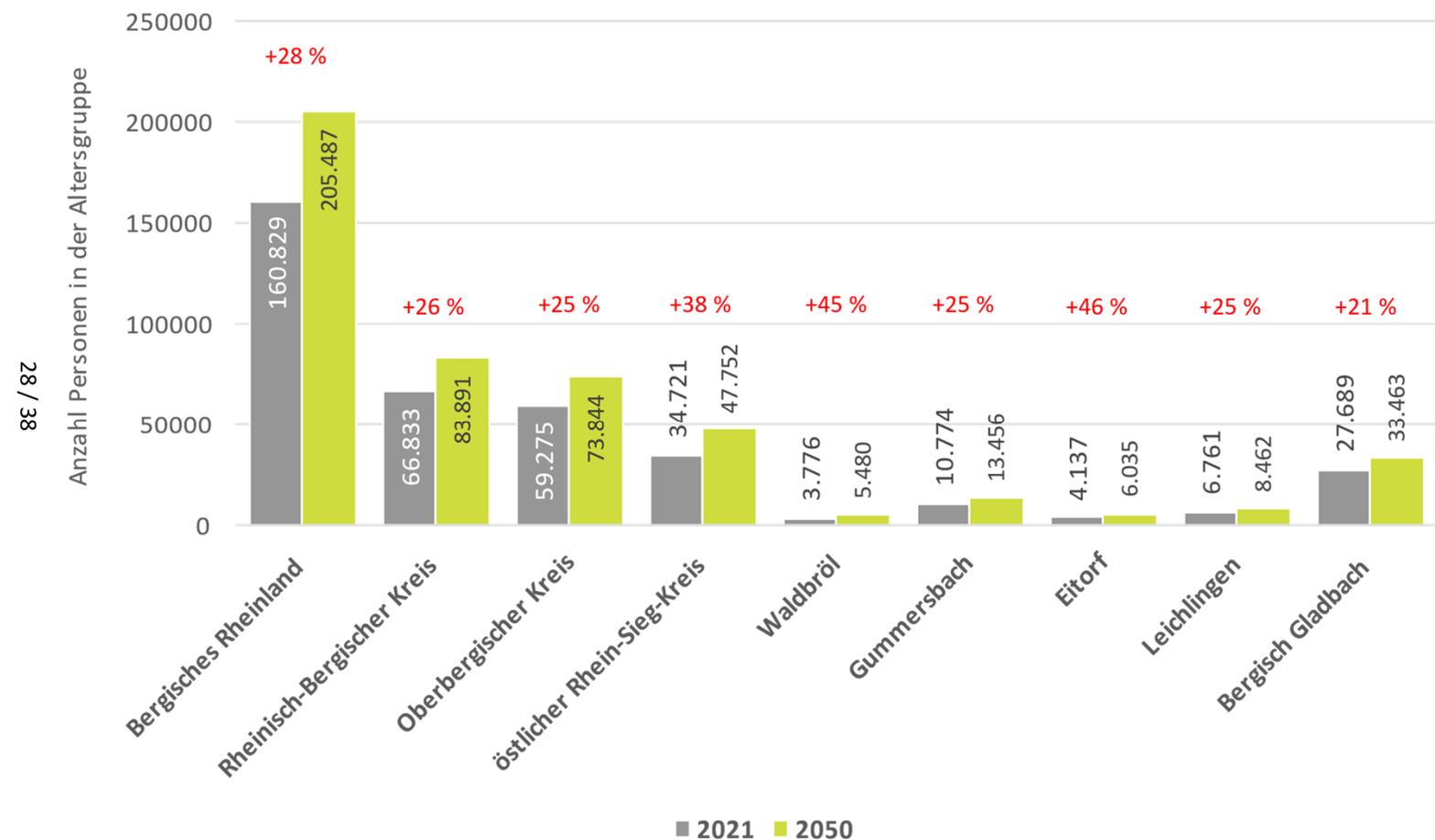
26/38

---

# Herausforderungen in der ambulanten ärztlichen Versorgung

27 / 38

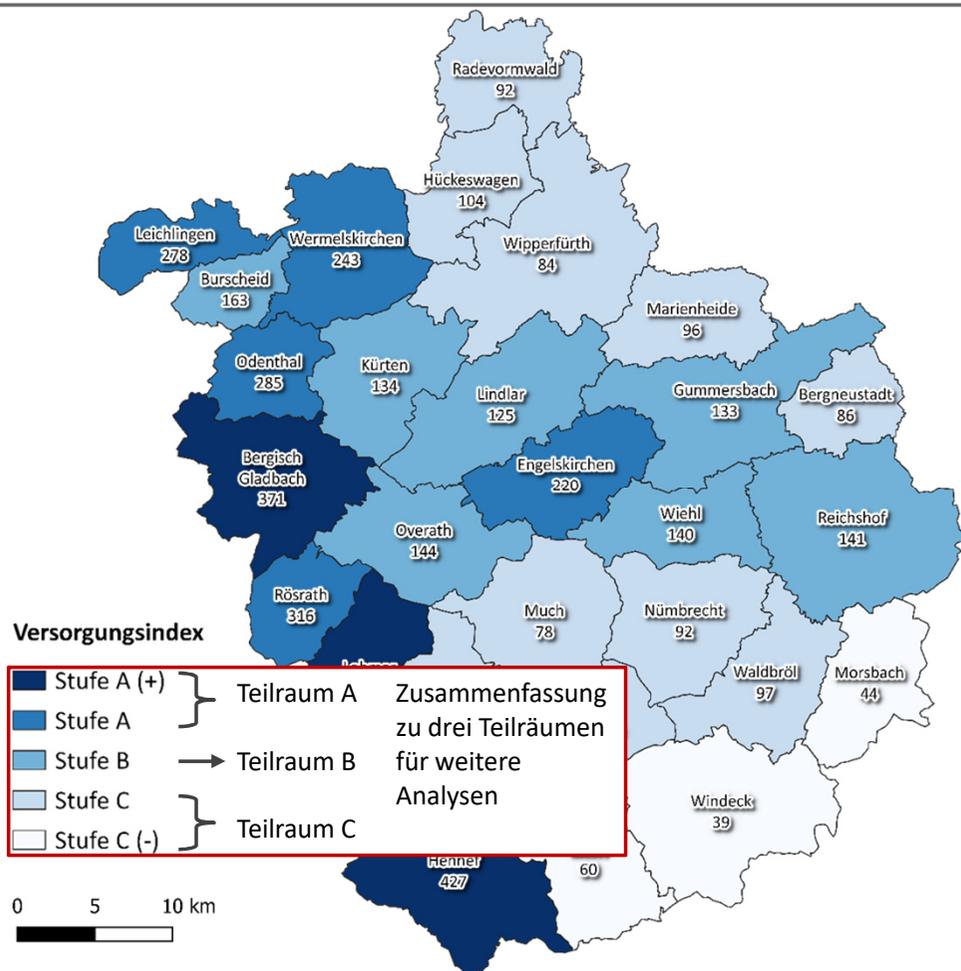
# Entwicklung der Bevölkerung 65+



- Den Prognosen zufolge werden im Bergischen RheinLand künftig weniger Menschen zu versorgen sein (-3,4 %), dennoch wird die demografische Entwicklung zu einer Erhöhung des Behandlungsbedarfs führen (+4,1 %).

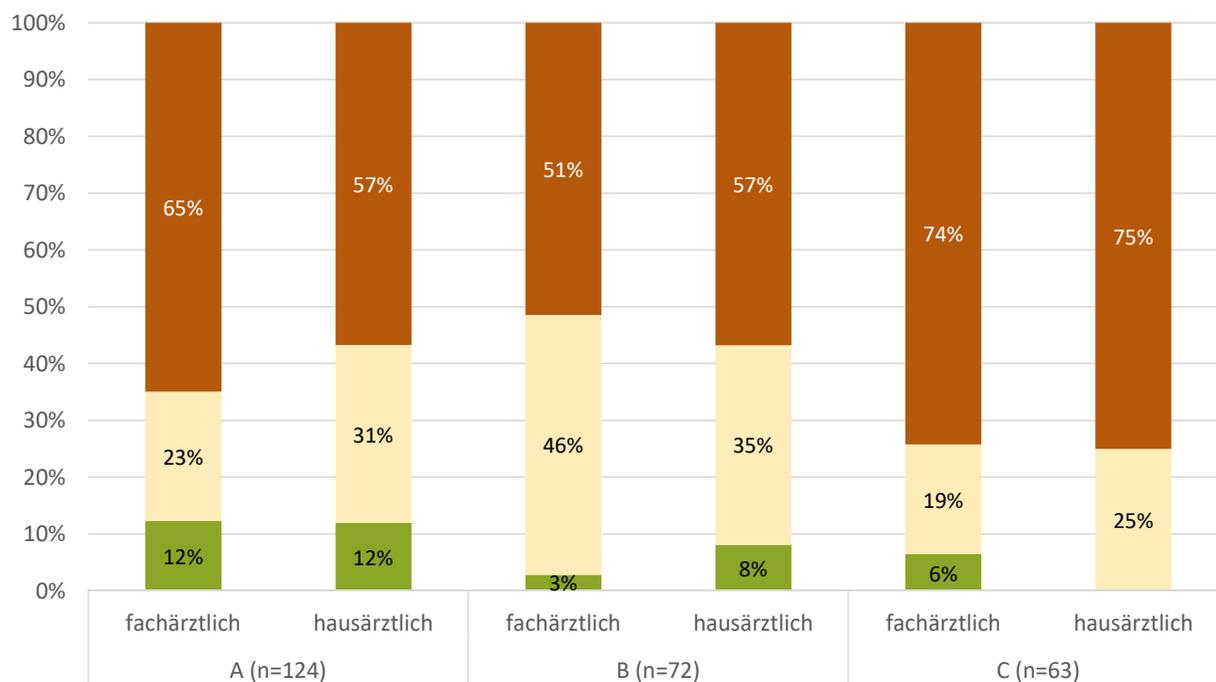
# Teilraumstruktur des Bergischen RheinLands auf Basis des Versorgungsindex

29 / 38



Stadt/Gemeinde	Hausarzt	Facharzt	Krankenhaus	Rettungsdienst	Gesamt
Lohmar	178,5	240,0	24,0	6,0	448,5
Hennef	180,0	208,5	21,8	17,0	427,3
Bergisch Gladbach	143,7	188,0	25,5	14,0	371,2
Rösrath	97,1	200,5	14,8	4,0	316,4
Odenthal	114,8	140,5	16,5	13,0	284,8
Leichlingen	109,7	149,4	11,3	8,0	278,4
Wermelskirchen	81,5	143,0	16,5	2,0	243,0
Engelskirchen	83,8	108,4	14,0	14,0	220,2
Burscheid	49,8	104,9	6,8	2,0	163,5
Overath	50,5	82,7	5,8	5,0	144,0
Reichshof	46,4	73,5	12,8	8,0	140,7
Wiehl	54,5	62,8	11,5	11,0	139,8
Kürten	49,8	69,2	10,5	4,0	133,5
Gummersbach	51,1	58,0	10,5	13,0	132,6
Lindlar	49,0	57,9	9,5	9,0	125,4
Neunkirchen-Seelscheid	41,1	58,5	4,5	4,0	108,1
Hückeswagen	41,3	43,1	11,0	9,0	104,4
Waldbröl	41,7	29,8	10,3	15,0	96,8
Marienheide	43,7	35,0	9,8	8,0	96,5
Radevormwald	32,3	45,3	9,8	5,0	92,4
Nümbrecht	37,5	33,3	10,0	11,0	91,8
Bergneustadt	32,0	41,2	6,3	7,0	86,5
Wipperfürth	38,1	29,3	7,5	9,0	83,9
Much	31,6	37,8	3,5	5,0	77,9
Ruppichterath	29,5	40,8	3,5	4,0	77,8
Eitorf	21,4	28,1	6,8	4,0	60,3
Morsbach	17,4	15,2	5,8	6,0	44,4
Windeck	20,1	10,7	2,0	6,0	38,8

## Einschätzung zur derzeitigen Praxisauslastung



- Wir können die Behandlungsnachfrage schwer bewältigen.
- Wir können die Behandlungsnachfrage gut bewältigen.
- Wir haben noch weitere Behandlungskapazitäten.

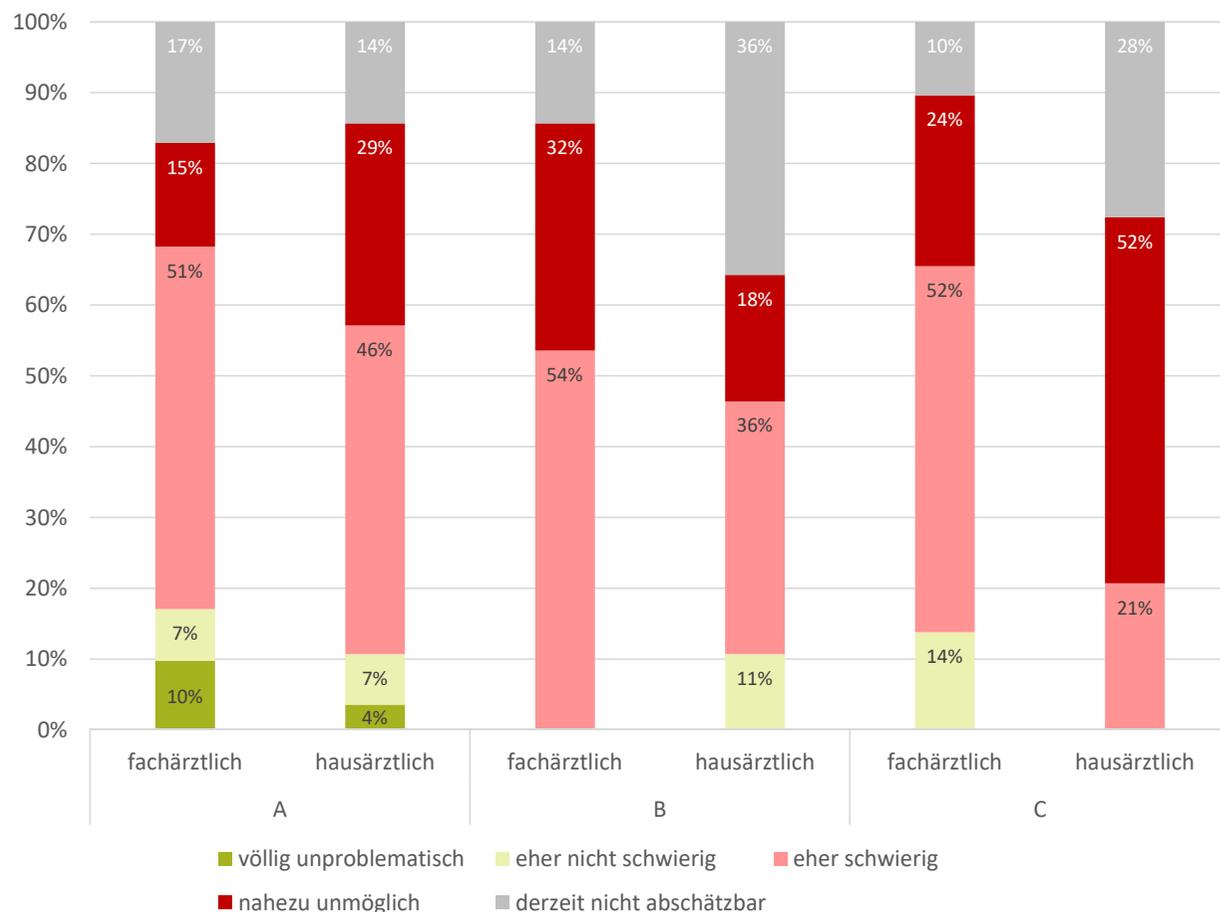
- Die überwiegende Mehrheit der Praxen kann die Behandlungsnachfrage nur schwer bewältigen. Der Teilraum C sticht besonders hervor.
- Befragte im Teilraum A geben am ehesten an, noch freie Kapazitäten zu haben.
- Wesentliche Gründe für hohe oder zunehmende Belastung: Bürokratie/Verwaltung (ca. 90 % Zustimmung), erhöhter Zeitaufwand für die Behandlung (89 %), mehr ältere Patienten (81 %), Praxisschließungen im Umkreis (76 %)

---

# Risiken und Potenziale der regionalen Gesundheitsversorgung

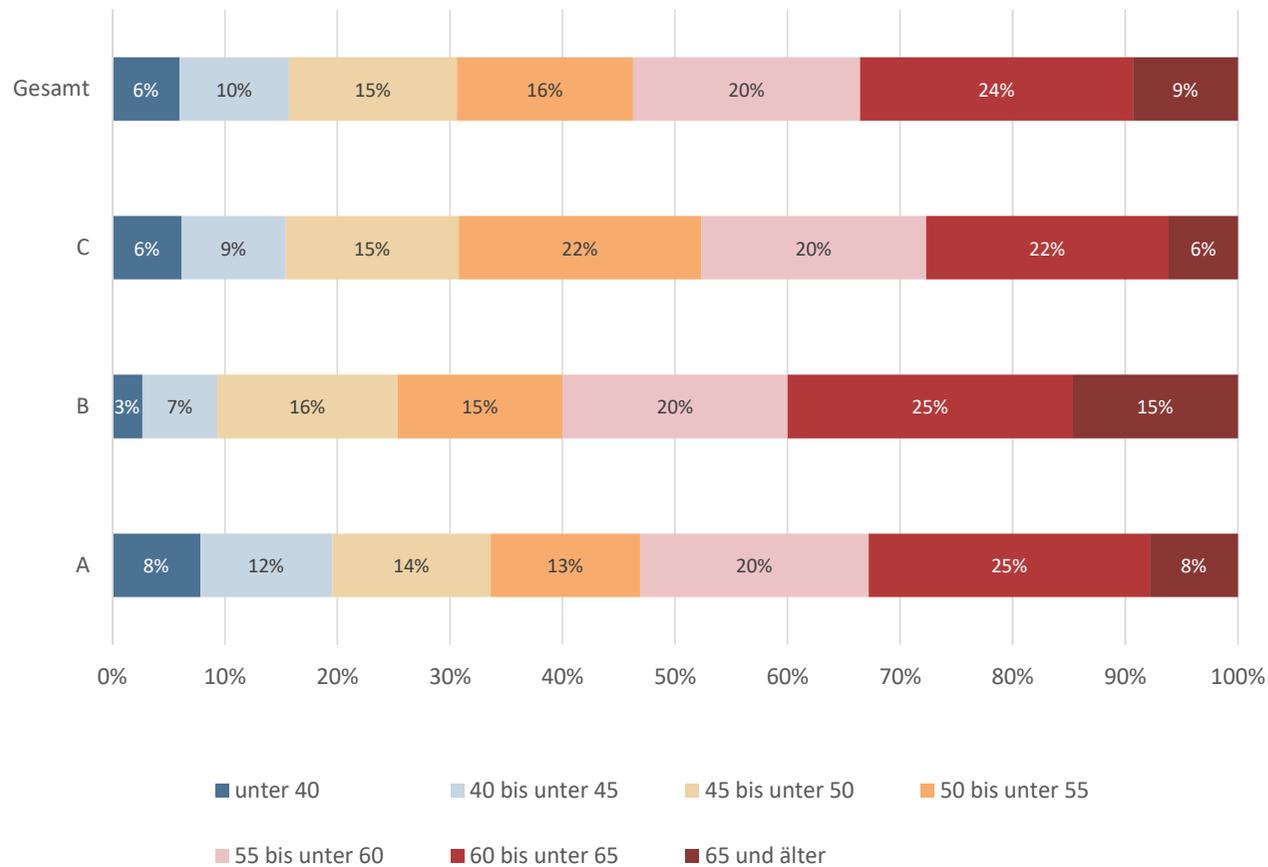
31 / 38

# Einschätzungen zum Finden einer Nachfolge



- Das Finden einer Nachfolge wird insbesondere im hausärztlichen Bereich im Teilraum C und im fachärztlichen Bereich im Teilraum B als schwierig bis unmöglich eingestuft.
- Wesentliche Gründe aus Sicht der Ärzteschaft:
  - Viele Praxisabgaben, wenig Nachwuchs → Angebot übersteigt Nachfrage (53 % Zustimmung)
  - Praxisorganisation entspricht nicht den Präferenzen des ärztlichen Nachwuchses (54 %)

## Altersstruktur und Tätigkeitsende der teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte



- Die größte Gruppe unter den Befragten stellen die 60- bis unter 65-Jährigen mit 24 %.
- Weitere knapp 10 % der Befragten sind sogar 65 und älter.
- Insgesamt ist demnach ein Drittel der Befragten mindestens 60 Jahre alt.
- Hochrechnung geplanter Tätigkeitsbeendigungen auf Grundgesamtheit: **kurzfristiger Nachbesetzungsbedarf von über 160 Stellen (20 %) in den nächsten drei bzw. 480 Stellen (60 %) in den nächsten zehn Jahren**

## Veränderungsbereitschaft und Wünsche der Ärztinnen und Ärzte

- Über die Hälfte der Ärzte würde auf die Überlastung gerne mit einer Reduzierung ihrer Arbeitszeit reagieren (wird mit Blick auf die zu versorgenden Patienten meist nicht umgesetzt)
- Aufgeschlossenheit gegenüber Vergrößerungen bzw. Erhöhungen der Behandlungskapazitäten (ca. 50 %) sowie der Bildung/Stärkung von Praxiskooperationen (ca. 60 %)
- Konkrete Planungen gibt es jedoch kaum – der zusätzliche Organisationsaufwand ist im laufenden Tagesgeschäft vermutlich nur schwer zu leisten
- Grundsätzlich wünschen sich die Befragten:
  - die Reduzierung/Abgabe von administrativen Aufgaben (85 %), aber auch von wirtschaftlicher (55 %) und Personalverantwortung (ca. 50 %)
  - das Delegieren von medizinischen Routinetätigkeiten (70 %); eine erhöhte Arbeitsteilung durch Teamarbeit (ca. 75 %)
  - Reduzierung der Wochenstunden (63 %)
  - Mehr Flexibilität und Verlässlichkeit bzgl. der Arbeitszeiten (57 %)

34 / 38

---

# Empfehlungen zur Sicherung und Modernisierung der Gesundheitsversorgung

35 / 38

## Zentrale Erkenntnisse zur Ableitung von Empfehlungen

- Großer Handlungsdruck entsteht insbesondere aus dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren:
  - Erhöhter Behandlungsbedarf aufgrund von Alterung der Gesellschaft und erweiterter diagnostischer sowie therapeutischer Möglichkeiten
  - Zunehmende Inanspruchnahme des ärztlichen und nicht-ärztlichen Praxispersonals durch nicht-medizinische Tätigkeiten: Sprachbarrieren, erhöhter Informationsbedarf, erhöhte Belastung durch Bürokratie und administrative Aufgaben sowie Einführung digitaler Prozesse
  - Renteneintrittswelle der Baby-Boomer, veränderte Präferenzen der nachfolgenden Generationen (insbesondere vermehrter Fokus auf Teilzeit und Angestelltenstatus), geringe Ausbildungskapazitäten und zu wenige Facharztabschlüsse (v.a. Hausärzte)  
→ Behandlungskapazitäten sinken deutlich
- Zwei wesentliche Handlungsstränge:
  1. Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Region bei der Anwerbung junger, nachrückender Mediziner und sonstiger Fachkräfte sichern bzw. erhöhen
  2. knappe Personalressourcen im Sinne einer guten Gesundheitsversorgung effizient (ressourcenschonend) und zugleich effektiv (zielgerichtet wirksam) einsetzen, Berufsgruppen ausbildungsadäquat einsetzen und von fachfremden Aufgaben entlasten
- Ansätze beeinflussen sich gegenseitig: modern aufgestellte Praxislandschaft mit effizienten Strukturen und ausbildungsadäquater sowie berufsgruppenübergreifender Arbeitsteilung wirkt sich auf Attraktivität der Region im Wettbewerb um den medizinischen Nachwuchs aus

# Bausteine einer regionalen Strategie zur Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung



37 / 38

38 / 38

---

# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Quaestio - Forschung & Beratung GmbH

Friesenstraße 17

53175 Bonn

0228 266 888 0

[office@quaestio-fb.de](mailto:office@quaestio-fb.de)

[www.quaestio-fb.de](http://www.quaestio-fb.de)